



„Bildung muss ein nationales Anliegen sein“

Hannes Androsch, Initiator des Bildungsvolksbegehrens, über Druck auf die Politik, Zugangsbeschränkungen und den Standort Steiermark.

Herr Androsch, Sie haben sich dazu entschlossen, die Bildungspolitik mit einem Bildungsvolksbegehren anzutreiben. Warum engagieren Sie sich bei einem solchen „jugendlichen“ Thema?

HANNES ANDROSCH: Die Zeiten haben sich dramatisch verändert. Viele Bereiche mussten darauf reagieren, und in unserem konkreten Fall müssen sie reagieren. Der wichtigste ist der ganze Bildungsbogen plus die brennende Notwendigkeit, durch Forschung Innovationslücken zu schließen, damit wir zu neuen Produkten und Prozessen kommen, die uns helfen, die Herausforderungen der Zeit zu bewältigen. Unsere Generationen haben das Glück gehabt, in Frieden, Freiheit und

steigendem Wohlstand zu leben. Da haben wir aber die Verpflichtung, das den nachkommenden Generationen zu ermöglichen.

Bildung erscheint vielen als eine Selbstverständlichkeit, man macht sich darüber wenig Gedanken. Ist die Bevölkerung allzu saturiert?

ANDROSCH: Sie sprechen das Bildungsvolksbegehren an, und da wünschen wir uns ein größeres Engagement, das ist keine Frage. Aber seit wir die Initiative ergriffen haben, reißt die Diskussion nicht ab. In der Mobilisierung und Kampagnisierung müssen wir schauen, dass wir in großer Zahl Engagementbürger bekommen.

Ihre Hoffnung?

ANDROSCH: Es soll ein Druck ent-

stehen, sodass die Politik nicht vorbegehen kann. Es muss zum nationalen Anliegen werden. Weil die politische Führungsschicht das nicht macht, muss es die Zivilgesellschaft mithilfe der Medien übernehmen. Die Unis und FHs und die Forschung mögen zwar eine Minderheit betreffen, aber in der Wirkung betreffen sie alle.

Wie sehen Sie das Thema Studienzugang?

ANDROSCH: An den Fachhochschulen haben wir Zugangsbeschränkungen, und das ist ja schon ein Widerspruch, dass ein Regelwerk für einen Teil besteht und für den anderen nicht. Bei den technischen Unis brauchen wir das nicht, weil da haben wir eh zu wenig Studierende. Bei den anderen

Fächern könnte man sagen: Jeder soll hingehen können. Dann muss ich aber die Kapazität bereitstellen. Zu sagen, es ist freier Zugang, aber die Voraussetzungen sind nicht da, ist unverantwortlich.

Sie haben viele Hüte auf: Sie sind Vorsitzender des Forschungsrates, Präsident des AIT – Seibersdorf –, Uni-Rat-Chef von Leoben, in der Akademie der Wissenschaften – Ihr Befund?

ANDROSCH: Europa muss einige Innovationslücken schließen und benötigt eine größere Innovationsdynamik im Verhältnis zu Amerika und Asien. Wir befinden uns im Mittelfeld, das ist für die künftige Wettbewerbsfähigkeit aber nicht genug. Es braucht qualifiziertes Personal und Mit-

ZUR PERSON

Hannes Androsch wurde am 18. April 1938 in Wien geboren. Er war SP-Finanzminister und Vizekanzler in der Ära Kreisky. Nach seinem Ausstieg aus der Politik 1981 wurde er Generaldirektor der CA.

Als Industrieller ist Androsch seit 1989 tätig. Er ist Miteigentümer von AT&S und der Salinen AG und ist geschäftsführender Gesellschafter der Androsch International Consulting. Der Industrielle ist u.a. in der Akademie der Wissenschaften, Chef des Forschungsrats und Uni-Rat-Chef von Leoben.

Hannes Androsch ist auch Uni-Rat-Chef der Montanuni Leoben und plädiert für Exzellenz als Alleinstellungsmerkmal

SCHEIDTNER



tel. Zugegeben hat sich bei den Mitteln einiges gebessert, aber das ist immer noch zu wenig. Wir haben einen „Braindrain“ von 5000 der gescheitesten Köpfe, weil wir ihnen die Möglichkeiten nicht bieten können, die sie woanders bekommen.

Hängt das nicht auch damit zusammen, dass unsere Wirtschaft von Klein- und Mittelbetrieben getrieben wird, die kaum in der Lage sind, Forschungsgelder aufzubringen?

ANDROSCH: Ja, das stimmt. Aber gerade die Schweiz hat – trotz Nestle und Pharma – so etwas wie das AIT: das Paul-Scherer-Institut. Aber die haben ein um 50 Prozent höheres Budget als wir und bekommen 80 Prozent vom Staat statt 40 Prozent wie bei uns.

Wir beschweren uns nicht, aber wir wollen das heben. Wir müssen uns fokussieren auf Bereiche, wo wir Nummer eins oder zwei sind und nicht alles machen. Denn nur ein bisschen an der Oberfläche herumtun, ist hinausgeschmissenes Geld.

Es gibt ja Regierungspläne. . .
ANDROSCH: Ja, die Regierung hat vor ein paar Monaten beschlossen, dass wir im FTI-Bereich bis 2020 in Europa die Führerschaft übernehmen. Das ist ja ganz schön. Aber was fehlt, ist der Umsetzungsplan und der Finanzierungspfad. Diese Mittel muss die Regierung beistellen und was da notwendig ist, hat das Institut für Wirtschaftsforschung bis 2015 vorgerechnet. Aber es ist im Bundesfinanzrahmen nicht

enthalten, und wenn man bis 2015 diesen Pfad nicht beschreitet, dann ist das Ziel schon verloren.

Fehlt uns nicht das Geld an allen Ecken und Enden?

ANDROSCH: Nein, das Geld wäre ja vorhanden, wie wir bei Frühpensionierungen, Hacklerregelung und Scheinumschulungen sehen, die für 70.000 Menschen zwei Milliarden Euro kosten. Für 280.000 Studenten haben wir aber nur 2,6 Milliarden.

Sie sind Uni-Rat-Chef der Montanuni Leoben. Wie beurteilen Sie den Kampf mit Linz und den steirischen Auftritt insgesamt?

ANDROSCH: Wir müssen in einem kleinen Land aufpassen, dass wir uns nicht zersplittern. Unser Bemühen war es, die Montanuni so aufzustellen, dass sie durch ihre

Exzellenz ein Alleinstellungsmerkmal hat. Das trifft auf jeden Fall auf den umstrittenen Kunststoffsektor zu. Da muss das Wissenschaftsministerium die Steuerungstätigkeit übernehmen und nicht aus politischer Gefälligkeit handeln. Die Verschrebergärtnerisierung ist sicher keine Lösung. Die Steiermark, die den Vorteil hat, nach Wien die meisten Einrichtungen zu haben, muss sich eben auch um diesen Standortvorteil bemühen, darum kämpfen und ihn auch nutzen. Ihn nur zu haben, sich das aber nicht in der praktischen Umsetzung niederschlägt, das kann es ja auch nicht sein. Da genügt nicht der Automobilcluster, weil das eine gefährliche Monostruktur ist.

INTERVIEW: NORBERT SWOBODA